

Politisches Chaos in Nepal:

Machtstreben und mangelnde Demokratiefähigkeit gefährden das Staatsgefüge

von Karl-Heinz Krämer und Ram Pradhan



Es ist einiges faul im Himalaya-Staat (Foto: Walter Keller)

Gerade einmal 17 Monate ist es her, daß der Oberste Gerichtshof durch ein mehr als umstrittenes Urteil den Sturz der linken Regierung Man Mohan Adhikari einleitete. Die sehr populäre Politik der Minderheitsregierung unter der 'Communist Party of Nepal' (CPN-UML) hatte die Führer der Oppositionsparteien verleitet, ihre politischen Grundhaltungen und Prinzipien zu verwerfen und eine Koalition zu zimmern, die genügend Stimmen aufbringen konnte, um Adhikari durch ein Mißtrauensvotum zu stürzen. So vergaßen die Politiker des 'Nepali Congress' ihren Groll gegen die Politiker der 'National Democratic Party' (NDP), denen viele von ihnen jahrelange Aufenthalte in nepalischen Gefängnissen zu verdanken hatten. Die seit Jahren untereinander

zerstrittene alte Garde der 'Congress'-Politiker um Girija Prasad Koirala und Krishna Prasad Bhattarai, die für den Niedergang des 'Nepali Congress' in den frühen neunziger Jahren verantwortlich gezeichnet hatte, verzichtete vorübergehend auf Vormachtansprüche und öffnete so den Weg für eine jüngere Generation von 'Congress'-Politikern um Sher Bahadur Deuba, den Fraktionsvorsitzenden und einstigen Innenminister Koiralas. In ähnlicher Weise stellten die früheren Panchas der NDP um Surya Bahadur Thapa und Lokendra Bahadur Chand ihre parteiinternen Streitigkeiten zurück, um wieder an die Macht zu gelangen. Als notwendiger dritter Koalitionspartner fand sich die 'Nepal Sadbhavana Party' (NSP) bereit, die hierzu auch die Abspaltung von einem ihrer drei Abge-

ordneten, Hridayesh Tripathi, in Kauf nahm. Die 103 Stimmen, die diese Koalition auf die Waagschale legen konnte, reichten aus, um im September 1995 Adhikari durch ein Mißtrauensvotum zu stürzen.

Machterhaltungsbestreben der Regierung Deuba

Daß es bei dem ganzen Theater in erster Linie um Macht und persönlichen Einfluß, kaum jedoch um eine produktive Regierungsarbeit ging, wurde schon sehr bald deutlich. Der neue Premierminister, Sher Bahadur Deuba, ließ sich zu einem Rekordministerrat treiben, dem 44, ab Mai 1996 sogar 48 Personen angehörten, eine Zahl, die jegliche rationale Verantwortungsfähigkeit vermissen

ließ. Einmal an der Macht, ging es Deuba offensichtlich ausschließlich darum, seinen Posten so lange wie möglich zu halten, koste es, was es wolle. Besonders reichlich mit Ministerämtern bedacht wurden die beiden kleineren Koalitionspartner. Die beiden verbliebenen Abgeordneten der NSP, Gajendra Narayan Singh und Anis Ansari, wurden natürlich beide versorgt; von den 19 Abgeordneten der NDP waren schließlich nur noch vier ohne (Minister)-Amt und Würden. Aus den Reihen der Abgeordneten des 'Nepali Congress', von denen etwa ein Drittel zu Ministerwürden aufgestiegen war, soll es Klagen gegeben haben, daß nicht auch sie berücksichtigt wurden.

Diese auf reines Machtstreben ausgerichtete Ämtervergabe war ein klarer Verstoß gegen die nepalische Verfassung, da eine derartige Politik niemals auf das Wohl des nepalischen Volkes ausgerichtet sein konnte. Dennoch könnte man noch mit Kritik zurückhalten, wenn die Deuba-Regierung ansonsten eine positive Bilanz vorweisen könnte, doch gibt es nicht viel, das man aufzählen könnte. Dabei hatte es aus Sicht Deubas gar nicht einmal so schlecht begonnen, als ein nationaler Konsens aller parlamentarischen Parteien zu Verträgen mit Indien über die gemeinsame Nutzung des Mahakali-Wassers erzielt werden konnte. Doch schon bald kehrte wieder der graue Alltag ein. Die Linken gingen auf Distanz und zweifelten die Übereinstimmung der offiziellen Vertragsvereinbarungen mit dem Wortlaut des Konsenses an, während sich Deuba, so ganz nach dem Vorbild Koiralas, weigerte, Einblick in die offiziellen Unterlagen zu gewähren. Die CPN (UML) gab schließlich ihre Zustimmung zur Ratifizierung erst nach weiteren Garantien Indiens, doch wäre die Oppositionspartei beinahe selbst darüber zerbrochen. Erst der bei der Abstimmung wegen einer Erkrankung abwesende Man Mohan Adhikari konnte die bedrohlichen innerparteilichen Wogen glätten.

Politische Bilanz der Regierung Deuba

Ansonsten konnte Deuba auf der außenpolitischen Bühne keine besonderen Erfolge verbuchen. Ein Staatsbesuch in China verlief farblos und brachte keine neuen Gesichtspunkte. Der Premierminister sprach hinsichtlich des Tibetpro-

blems und der Frage der Menschenrechte weiterhin ganz nach dem Munde Chinas. Auffällig war, daß der Vorsitzende der NDP, Surya Bahadur Thapa, bei einer Chinareise fast mehr hofiert wurde als der nepalische Premierminister. Noch härter traf es Deuba kürzlich auf einer Reise nach Großbritannien, bei der es sich nach Deubas Aussage um einen offiziellen Staatsbesuch handelte; doch John Major hatte gerade zehn Minuten Zeit für den Gast aus Nepal. Obgleich Deuba die Probleme der britischen Gurkha-Söldner, wie unzureichende Pensionszahlungen und Massenentlassungen wegen der Rückgabe



Wie lange wird Premierminister Deuba sich noch mit List und Tücke an der Macht halten können? (Foto: 'Outlook')

Hongkongs an China, wohl kaum mit Major diskutiert haben konnte, sprach er anschließend von einer erfolgreichen Reise nach Großbritannien.

Innenpolitisch sieht die Bilanz Deubas noch negativer aus. Wie nicht anders zu erwarten, war die Politik der Koalitionsregierung nicht auf die Interessen der ärmeren Bevölkerungsteile ausgerichtet. So fiel die von der UML-Regierung angedachte Landreform mit dem Regierungswechsel in ihren Tiefschlaf zurück. Die Regierung kann auch keinerlei Erfolge beim Kampf gegen Inflation und Arbeitslosigkeit und zahlreichen anderen brennenden Problemen vorweisen.

Probleme mit den Maoisten

Besondere Probleme ergaben sich bezüglich der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, nachdem die extremistische CPN (Maoist) Anfang 1996 zum Volkskrieg aufrief. Der Gewalt dieser radikalen Partei hatte die Regierung nur eine noch größere Gewalt entgegenzusetzen. Die hohe Zahl der toten Maoisten, welche die der toten Zivilisten und Sicherheitskräfte um ein Vielfaches übersteigt, spricht dafür, daß trotz aller Aggression gegen den Staat letzterer in unangemessener Weise reagierte. Oppositionspolitiker und Menschenrechtsorganisationen haben in diesem Zusammenhang wiederholt den Begriff Staatsterror verwandt. Die Deuba-Regierung erwies sich als unfähig für Verhandlungen mit den maoistischen Aktivisten.

Gleichzeitig häuften sich mit zunehmender Amtsdauer der Koalitionsregierung die Fälle von Korruption und Bestechlichkeit. Trotz offensichtlicher Vergehen klammerten sich die Minister an ihre Posten. Schließlich mußten einige von ihnen, so Landwirtschaftsminister Padma Sundar Lawati (NDP), doch zurücktreten; andere, wie Finanzminister Ram Sharan Mahat ('Nepali Congress'), konnten trotz laufender Verfahren nach einigen Wochen wieder in ihr Amt zurückkehren.

Die Koalition auf dem Weg in die Krise

Welche Chancen verblieben, um diesem Chaos ein Ende zu bereiten? Eine Möglichkeit war sicherlich der Sturz der Koalitionsregierung durch ein erfolgreiches Mißtrauensvotum. Hierzu hätte es jedoch einer Veränderung der Mehrheitsverhältnisse bedurft, die nur durch das Ausscheren von Parteien oder Einzelpolitikern aus der Koalition hätte erreicht werden können. Über Unzufriedenheit und internen Streit brauchten sich alle Koalitionspartner nicht zu beklagen. Wiederholt standen die Parteien vor einer Spaltung. Ursache war fast immer das persönliche Machtstreben ihrer Führer; sachliche Kritik und insbesondere Verbesserungsvorschläge waren so gut wie nie zu hören.

In den letzten Monaten aber eskalierte die Situation. Hatte es zuvor vor allem in der NDP gegärt, so machte nun überraschenderweise der 'Nepali Congress' den Anfang. Nachdem Jagannath Acha-

rya zu Recht das Abweichen seiner Partei von ihrer über viele Jahre gepflegten politischen Grundhaltung kritisiert hatte, wurde er für drei Jahre aus dem 'Congress' ausgeschlossen. Daraufhin gründete er im September den 'Nepal Jana Congress', dem sich zahlreiche seiner Parteifreunde anschlossen. Da factelten auch die beiden verbliebenen Parlamentsabgeordneten des kleinsten Koalitionspartners, der 'Nepal Sadbhavana Party', nicht lange: Anis Ansari beschuldigte seinen Parteivorsitzenden und Ministerratskollegen Gajendra Narayan Singh der Korruption, woraufhin dieser ihn aus der Partei ausschloß.

Doch das alles war noch gar nichts im Vergleich zu dem erdbebenartigen Knall, mit dem die 'National Democratic Party' zerbarst. Monatelang hatte Lokendra Bahadur Chand mal offen, mal verdeckt seinen Parteivorsitzenden Surya Bahadur Thapa und dessen Anhänger innerhalb der Partei beföhlet. Bereits im vergangenen Frühjahr war eine Spaltung der Partei quasi schon vollzogen worden. Damals hatte die CPN (UML) versucht, die Chance zu nutzen und ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung durchzubringen. Doch die Abgeordneten der NDP rauften sich noch einmal zusammen - das Mißtrauensvotum scheiterte.

Putsch in der NDP

Doch am 8. Dezember letzten Jahres schien die Spaltung perfekt. Sechs Minister der NDP reichten ihren Rücktritt

ein. Der Fraktionsvorsitzende, Lokendra Bahadur Chand, informierte König Birendra, daß sich die NDP aus der Regierungskoalition zurückgezogen habe und forderte ihn auf, konstitutionelle Schritte zur Bildung einer neuen Regierung einzuleiten. Surya Bahadur Thapa jedoch widersprach dieser Aussage Chands. Auch andere Führer der Partei, wie Pashupati Shamsher, J.B. Rana und Prakash Chandra Lohani, schlossen sich der Meinung Thapas an. Diese Situation nutzte erneut die CPN (UML), um ein Mißtrauensvotum zu beantragen. Eine entsprechende Petition an König Birendra zwecks Einberufung einer Sondersitzung des Repräsentantenhauses wurde von 102 der 200 Abgeordneten — drei Sitze sind seit den Wahlen von 1994 nicht besetzt, zwei Abgeordnete sind zwischenzeitlich verstorben — unterzeichnet. Dabei handelte es sich um alle 87 Abgeordneten der CPN (UML), elf Abgeordnete der NDP, die beiden ausgeschlossenen Abgeordneten der NSP und zwei Unabhängige aus den Reihen der NCP (Masal). Die 'Nepal Majdur Kisan Party' (NMKP), auch bekannt unter der englischen Bezeichnung 'Nepal Workers Peasants Party' (NWPP), verweigerte zunächst ihre Unterstützung wegen des Übertritts von einem ihrer vier Abgeordneten zur CPN (UML).

Machtstreben mag auch diesmal wieder bei den Rebellen der NDP im Vordergrund gestanden haben. So hieß es beispielsweise, die CPN (UML) habe sich bereit erklärt, im Falle eines erfolg-

reichen Mißtrauensvotums den früheren Pancha-Premier Lokendra Bahadur Chand als Premierminister einer gemeinsamen Regierung zu akzeptieren. Diese Chance konnte sich Chand offensichtlich nicht entgehen lassen.

Mißtrauensvotum

Nach langen Diskussionen, Versteckspielereien und offensichtlich auch zahlreichen Bestechungsversuchen fand das für verantwortungsbewußte demokratische Parteipolitiker völlig unpassende Theater seinen vorläufigen Abschluß in der Abstimmung, bei der 101 Abgeordnete Premierminister Deuba ihr Mißtrauen aussprachen. Nur 84 Parlamentsmitglieder sprachen Deuba ihr Vertrauen aus. Bei den Befürwortern des Mißtrauensvotums handelte es sich um die 87 Abgeordneten der CPN (UML), neun Abgeordnete der NDP, die drei keiner parlamentarischen Partei zugeordneten Parlamentsabgeordneten Nava Raj Subedi, Pari Thapa und Hridayesh Tripathi (früher NSP), sowie zwei Abgeordnete der NMKP. Deren dritter verbliebener Abgeordneter, Bhakta Bahadur Rokaya, soll vor der Abstimmung von zwei Abgeordneten des 'Congress' nach Biratnagar entführt worden sein, was zu Krallen und 'Sit-ins' der Befürworter des Mißtrauensvotums im Parlament führte.

Jeder demokratisch denkende Mensch hätte angenommen, das Mißtrauensvotum sei erfolgreich gewesen. 101 von 200 möglichen Stimmen waren eindeu-

ASTROLOGY & PALMISTRY SERVICES
 (Affiliated with Himalayan Herbs)
 Ephemerides from 1900 A.D. Onwards are Available
 Horoscopes, Palmistry, Meditation, Yoga etc.
 Time:- 8 A.M. to 12 A.M. & 1 P.M. to 5 P.M.
National Astrology Service
 CONTACT OFFICE:-
 VICE SECRETARY- N.P. POKHREL

Auf welche Zukunft steuert Nepal zu? Die Astrologen und Wahrsager haben Hochkonjunktur (Foto: Walter Keller)

tig. Nicht jedoch in Nepal! Artikel 59 der Verfassung sagt, daß ein Mißtrauensvotum nur dann erfolgreich ist, wenn es von der Mehrheit der Gesamtzahl der Parlamentsabgeordneten unterstützt wird. Unter dieser Gesamtzahl versteht man nun aber in Nepal nicht die tatsächliche, sondern die theoretisch mögliche Gesamtzahl; demnach wären also 103 der theoretisch möglichen 205 Abgeordnetenstimmen erforderlich, eine Interpretation, mit der der Parlamentsvorsitzende Ram Chandra Poudyal ('Nepali Congress') das Mißtrauensvotum für gescheitert erklärte.

Dies bedeutete, daß eine Regierung im Amt bleiben konnte, die nur noch die Unterstützung einer Minderheit der Parlamentsabgeordneten besaß. Da diese Regierung bereits zu Zeiten, als sie noch über eine Mehrheit verfügte, auf der ganzen Linie enttäuschte, fragt es sich, was nun erst kommen soll. Regierungsfähig ist die Deuba-Regierung auf keinen Fall. Bezeichnenderweise blieben auch fünf Abgeordnete des 'Nepali Congress' der für den Fortbestand der Deuba-Regierung so wichtigen Abstimmung fern.

Perspektiven nach der Abstimmung

Welche Perspektiven bleiben? Eine demokratische Lösung wäre, daß der Premierminister, dem bescheinigt wurde, daß er nicht mehr das Vertrauen des Parlaments besitzt, seinen Rücktritt

einreicht. Hierzu scheint Deuba jedoch nicht bereit zu sein. Möglich ist auch noch, daß der Oberste Gerichtshof die eingeleitete Verfassungsklage über die Nichtanerkennung des erfolgreichen Mißtrauensvotums im Sinne der Kläger entscheidet. Auch letzteres ist unwahrscheinlich; dafür spricht bereits der Versuch des Gerichts, die Klage erst gar nicht zuzulassen. Bedauerlicherweise hat der Oberste Gerichtshof, der ansonsten in den letzten Jahren eine Reihe positiver Entscheidungen getroffen hat, bei politisch brisanten Klagen seine Verpflichtung zur Unabhängigkeit wiederholt vergessen und Partei für den 'Nepali Congress' und die konservativen Kräfte ergriffen. Angesichts diverser Mängel der Verfassung, von denen jetzt einer wieder deutlich geworden ist, kommt dem Obersten Gerichtshof eine ganz besondere Bedeutung bei der Klärung zu, was Recht ist und wie die Verfassung interpretiert werden muß.

Sollte der Oberste Gerichtshof nachträglich das Mißtrauensvotum für erfolgreich erklären, ergäbe sich die Frage nach der Bildung einer neuen Regierung. Die CPN (UML) hat wiederholt durchblicken lassen, daß sie sich in einem solchen Fall an einer Koalitionsregierung mit einem Premierminister Lokendra Bahadur Chand beteiligen würde. Dies würde bedeuten, daß ein Premierminister an die Macht zurückkehrte, der 1983 nach massiver Einflußnahme des Palastes

durch ein Mißtrauensvotum erstmals Premierminister wurde und der dieses Amt auch im April 1990 in den letzten Tagen des Panchayat-Systems innehatte. Persönliches Machtstreben scheint auch jetzt wieder im Vordergrund zu stehen. Unverständlich ist aber auch, daß ausgerechnet eine linke demokratische Partei wie die CPN (UML) einen solchen konservativen Politiker unterstützt. Der Vorwurf linksextremer Parteien, die CPN (UML) habe ihre Prinzipien vergessen, scheint nicht ganz unbegründet zu sein.

Ein anderer Weg aus der Misere wären Neuwahlen. Diese würden sich auch im Falle einer nachträglichen Anerkennung des Mißtrauensvotums empfehlen. Fraglich bliebe jedoch, ob derartige Neuwahlen endlich wieder für klare Mehrheitsverhältnisse sorgen würden. In jedem Fall aber bedeuten Neuwahlen eine große finanzielle Belastung für das arme Land. Angesichts der Ungewißheit ihres Ausgangs sollten die Parlamentarier daher versuchen, endlich die vorgesehene fünfjährige Amtsperiode durchzustehen.

Das aber ist nur möglich, wenn sich endlich eine Koalitionsregierung findet, in der die Politiker das Wohl des Landes und seiner Menschen im Auge haben und persönliches Machtstreben, Korruption und Vetternwirtschaft vergessen. Eine solche Chance läge ausschließlich bei einer großen Koalition von CPN (UML) und 'Nepali Congress'.

Nachwahl-Erfolg der Kommunisten

Bei Nachwahlen zu fünf unbesetzten Parlamentssitzen am 24. Januar konnte die 'Communist Party of Nepal - UML' (CPN-UML) drei Mandate gewinnen, der 'Nepali Congress' (NC) zwei. Die CPN-UML baute damit ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus weiter aus und verfügt nun über 90 der 205 Sitze. Der NC verfügt über 84 Abgeordnete, die 'National Democratic Party' (NDP) über 19, die 'Nepal Sadbhavana Party' über ein Mandat und die 'Nepal Workers Peasants Party' über zwei. Die restlichen neun Sitzen werden von Unabhängigen bzw. von Abgeordneten gehalten, die von ihren Parteien ausgeschlossen wurden.

Markant ist der Einbruch der NDP, die im Wahlkreis Rupandehi 5 ganze 151 Stimmen erhielt. Dort erzielten die regional bzw. ethnisch ausgerichteten Parteien 'Nepal Sadbhavana Party' und 'Rastriya Jana Mukti Party' mit über 9.000 bzw. über 2.000 Stimmen beachtliche Ergebnisse. In Baitadi, wo 1994 Lokendra Bhadur Chand noch in zwei Wahlbezirken den Sieg für die NDP davongetragen hatte, landete diese konservative Partei abgeschlagen lediglich auf dem dritten Platz hinter NC und CPN-UML.

Aber auch der NC kam nicht ungeschoren davon. Sunsari 5, zuletzt eine klare Bank für den Parteivorsitzenden Girija Prasad Koirala, ging nun an die CPN-UML.

Die Nachwahlen haben jedoch die Mehrheitsverhältnisse im Repräsentantenhaus nicht wesentlich verändert. Formell besitzt die Regierungskoalition nach wie vor eine hauchdünne Mehrheit, wenn sie denn wirklich geschlossen aufträte. Letzteres ist in den kommenden Monaten noch fraglicher als bisher. Es kommen jedenfalls sehr schwere Zeiten auf die Deuba-Regierung zu.

Die CPN-UML darf sich als Sieger der Nachwahlen fühlen, da sie effektiv einen weiteren Sitz hinzugewonnen hat; von den betroffenen Wahlkreisen hatte die Partei 1994 lediglich in zweien gewonnen. Dies mag ein Indiz dafür sein, daß die CPN-UML im allgemeinen politischen Chaos Nepals noch am positivsten in Erscheinung getreten ist.

Deutlich ist die Quittung für die NDP, die sich seit den klaren Verbesserungen von 1994 bereits als politische Kraft der Zukunft gesehen hatte. Angesichts der innerparteilichen Zerrissenheit dürfte es mit dieser Partei noch weiter bergab gehen.

Positiv erscheint, daß die nepalischen Wähler mit ihrem Wahlverhalten gezeigt haben, daß sie demokratiefähig sind. Der anhaltende Linkstrend in der Wählergunst muß als direkte Konsequenz der chaotischen Politik der Übergangsregierung gewertet werden.

Karl-Heinz Krämer